Nr. 499. XXXII. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Donnerstag, 1. Oktober 1903.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Ex Bibliotheca Regia Berolinensi

Staat und Protestantismus.

Die Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Ulm ist gestern mit einem Festmahl zu Ende gegangen; Abends fand noch eine glänzende Beleuchtung des Ulmer Münsters statt. Die Versammlung war stark besucht; an den öffentlichen Veranstaltungen nahmen Tausende teil.

Das Centrum kann sich rühmen, durch seine starke Betonung des konfessionellen Gedankens auch dem Protestantismus neues Leben gegeben zu haben. Zwar ist dieses Leben noch nicht direkt politisch; der evangelische Bund begnügt sich vorläufig damit, auf die politischen Parteien in kirchlichen Fragen einzuwirken. Aber wie nahe der Bund daran ist, auch selbst Politik zu treiben, zeigt seine scharfe Resolution gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes.

Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß es auf diesem Wege allmählich weitergeht, wenn auch der überwiegende Teil des protestantischen Volkes zu aufgeklärt ist, um sich unter ein protestantisches Centrum zu beugen. Aber die konfessionellen Gegensätze haben sich in der letzten Zeit ganz erheblich verschärft und dürften auch weiterhin noch wachsen.

Das ist die Konsequenz der Centrumspolitik; wie es in den Wald hineinschallt, so schallt es wieder heraus. Wir brauchen kaum zu betonen, daß uns diese Richtung auf eine konfessionelle Politik hin, mag sie von katholischer oder protestantischer Seite ausgehen, verhängnisvoll erscheint. So notwendig es ist, jede religiöse Ueberzeugung zu respektieren, so wenig ist die Religion im stande, politische, wirtschaftliche und soziale Probleme zu lösen. Ueberall, wo Versuche in dieser Beziehung gemacht wurden, war ein klägliches Fiasko das Ende. Und je komplizierter die Aufgaben des Staates und der Gesellschaft sind, um so ohnmächtiger zeigt sich ihnen gegenüber die Kirche. Je bestimmter Staat und Kirche auseinander gehalten werden, um so besser ist es für beide Teile; je mehr man sie vermischt, umsomehr muß die öffentliche Wohlfahrt leiden.

Immerhin wird man sich noch eher mit dem Staatsgedanken der Reformation als demjenigen Roms abfinden können; man wird es besonders dann, wenn er so weitherzig aufgefaßt wird, wie es Professor Kolde (Erlangen) in seinem Vortrag „Der Staatsgedanke der Reformation und die römische Kirche" tat. Dieser Vortrag verdient auch in einem politischen Blatt, das sich von konfessionellen Zänkereien möglichst fern hält, eine kurze Wiedergabe. Professor Kolde sagte über den reformatorischen Staatsgedanken:

„Vor der Reformation war es kirchliche Lehre, daß der Papst der einzige Gebieter auf Erden sei, dem auch die weltliche Gewalt untertan sein müsse. Luther hat die weltliche Obrigkeit, das heißt den Staat von der Unterdrückung durchs Papsttum befreit und scharf ausgesprochen, daß die weltliche Ordnung unmittelbar von Gott eingesetzt sei. Dadurch wurde der Staat zu einer selbständigen, ja zur einzigen Rechtsordnung. Als etwas Weltliches hat sich der Staat nach seinen eigenen Rechtsordnungen einzurichten und kann nicht nach kirchlichen Gesetzen regiert werden. Das geistliche Regiment soll die Leute über sich weisen zu Gott, das weltliche Regiment die Leute unter sich regieren und schaffen, daß Leib, Gut, Ehre, Weib, Kind in Frieden und Sicherheit bleiben. Des Staates Gewalt reicht so weit, wie das ganze äußere Leben reicht. Ihr untersteht, als etwas Weltliches, das ganze Ehewesen. Auch der Klerus steht unter den bürgerlichen Gesetzen wie alle anderen Menschen. Ins geistliche Gebiet darf der Staat von Amts wegen nur eingreifen, wo es die öffentliche Ordnung erfordert. Diesen Staatsgedanken und eben damit den modernen Staat bekämpft aufs schärfste die katholische Kirche. Wer sich einbildet, daß zwischen der römischen Kirche und dem modernen Staat ein dauernder Friede möglich sei, ist entweder ein unverbesserlicher Schwärmer, oder er kennt weder die römische Kirche noch die Aufgaben des Staates. Die römische Kirche kann einen Frieden mit dem Staat nicht wollen, als bis er sich in allem ihr unterworfen hat. Der Kampf ist für den Staat eine Notwendigkeit. Hat man auf katholischer Seite die Parole ausgegeben: Der Staat muß entweder katholisch sein oder katholisch werden, so muß der Evangelische Bund warnend seine Stimme erheben gegen die Bekämpfung des modernen Staatsgedankens. Der Staat befindet sich im größten Irrtum, wenn er durch einen Friedensschluß mit der römischen Kirche den Kampf glaubt beendigen zu können. Die Tatsache, daß die römische Kirche damit als eine gleichberechtigte Macht anerkannt wird, bedeutet ein Aufgeben der Hoheitsrechte des Staates. Jeder Friedensschluß wird immer nur als Abschlagszahlung aufgefaßt. Je mehr die römische Kirche erreicht, umsomehr wachsen ihre Ansprüche. Neben der Kirche ist der Staat das höchste Gut auf Erden. Für dieses Gut will der Evangelische Bund kämpfen. Er will keine politische Partei sein noch werden. Aber unbekümmert um die Gunst oder Ungunst der Gewaltigen wird er die Dinge so nennen, wie sie zu heißen verdienen."

Mit diesen Grundsätzen wird man sich meist einverstanden erklären müssen; nur verhehlen wir uns nicht, daß der Evangelische Bund mehr als einmal im Begriff war, die Trennungslinie zu überschreiten und kirchliche und staatliche Aufgaben zu vermischen.

Minister Budde und die Beamtenverjüngung.

Der preußische Eisenbahnminister hat in der letzten Zeit unter den höheren Eisenbahnbeamten gewaltig aufgeräumt. Eine Reihe von Beamten, die zwar das 65. Lebensjahr überschritten hatten, aber sonst noch recht arbeitsfähig waren, wurde etwas hastig in den Ruhestand befördert. Die halboffiziösen „B. Pol. Nachr." suchen diese Beamtenverjüngung jetzt zu rechtfertigen; sie schreiben unter anderem:

„Von der Befugnis, Beamte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, ohne förmliches Verfahren in den Ruhestand zu versetzen, ist auch in anderen Verwaltungszweigen Gebrauch gemacht. Wenn dies mitunter in umfassenderer Weise im Bereiche der Eisenbahnverwaltung geschehen ist, so liegt der Grund darin, daß die Eisenbahnen eine Betriebsanstalt sind, und demzufolge der Eisenbahndienst im besonderen Maße rasche Entschlüsse und ungeschmälerte Tatkraft erheischt. Beamte, die in anderen Verwaltungszweigen, die diese Eigenschaften in geringerem Maße erfordern, füglich noch ihren Platz ausfüllen können, genügen daher vielfach den Anforderungen des Eisenbahndienstes nicht mehr und müssen darauf hingewiesen werden, daß die Notwendigkeit ihrer Versetzung in den Ruhestand gekommen ist. Es liegt dies nicht allein im Interesse des Eisenbahndienstes im allgemeinen, sondern es kommt noch hinzu, daß, wenn Beamte, die den Anforderungen ihres Amtes nicht mehr voll entsprechen können, gleichwohl im Dienste erhalten würden, dies naturgemäß die ungünstigste Rückwirkung auf die Berufsfreudigkeit der jüngeren Beamten ausüben müßte, denen auf diese Weise die Möglichkeit des Aufsteigens abgeschnitten würde, auf die sie ihrem berechtigten Anspruch gerade vermöge ihrer vollen Leistungsfähigkeit haben. Wenn in den letzten Jahren innerhalb der Eisenbahnverwaltung von der Befugnis, Beamte nach vollendetem 65. Lebensjahre in den Ruhestand zu versetzen, wenig oder gar kein Gebrauch gemacht worden ist, so liegt der Grund darin, daß bei der Neuorganisation der Eisenbahnverwaltung im Jahre 1895 alle Beamte, die in Frage kommen konnten, zur Verfügung gestellt und demnächst in den Ruhestand versetzt worden sind. Nachdem seit jener großen Verjüngung des Eisenbahnpersonals inzwischen mehr als acht Jahre verflossen sind, hat deren Wirkung naturgemäß mehr und mehr nachgelassen, und es tritt wiederum das Bedürfnis zur Anwendung jener gesetzlichen Befugnis mehr hervor. Daß dabei nicht rücksichtslos verfahren, sondern, soweit dies das Interesse des königlichen Dienstes irgendwie gestattet, auf die persönlichen Verhältnisse der betreffenden Beamten billigerweise Rücksicht genommen wird, bedarf bei besonderen Versicherung nicht."

Ob wirklich der Eisenbahndienst höhere Ansprüche an die Beamten stellt als die anderen Verwaltungszweige, darüber wollen wir nicht urteilen, das mögen die übrigen Ressortminister mit Herrn Budde abmachen. Unseres Erachtens sollten aber von jedem höheren Beamten „rasche Entschlüsse und ungeschmälerte Tatkraft" gefordert werden müssen. Nur fragt es sich, ob dazu eine Massenzwangspensionierung nötig war. Das scharfe Vorgehen der Eisenbahnverwaltung läßt darauf schließen, daß in früheren Jahren die Kontrolle des höheren Beamtentums nicht scharf genug gewesen ist. Für den Staatsbürger ist das aber gar nicht gleichgültig, da die hohen Pensionäre den Pensionsfond naturgemäß stark belasten. Es dürfte deshalb angebracht sein, im Landtag diesen Verjüngungsprozeß innerhalb der Eisenbahnverwaltung genauer zu untersuchen.

---

* Während in Norddeutschland sich je länger je stärker die sozialdemokratische Schale zu Gunsten **Bebels** neigt, erweist sich im Süden und besonders in Bayern **v. Vollmar** als der Stärkere. Die Münchener können es Bebel nicht vergessen, daß er sie als Kapuaner verspottete. Auch bei der Berichterstattung über den sozialdemokratischen Parteitag, die gestern in einer großen Münchener Versammlung vor sich ging, kam Bebel schlecht weg. Wie uns ein Privat-Telegramm aus München meldet, unterzogen die Delegierten Müller und Knieriem den Parteitag einer vernichtenden Kritik. Die Grundstimmung aller Redner war eine tiefgehende Erbitterung gegen Bebel, den Gott, der keine anderen Götter neben sich duldet. Auch Bader, der im übrigen unter teilweisem starken Widerspruch mit den Revisionisten ins Gericht ging, konnte sich davon nicht frei machen. Schließlich wurde folgender Beschluß angenommen:

„Die Versammlung bedauert, daß der Parteitag anstatt der Förderung proletarischer Interessen nur dem niederdrückenden und unerfreulichen Gezänke unter den Führern preisgegeben war, protestiert energisch gegen die völlig ungerechtfertigten Beleidigungen der Münchener Parteigenossen und bestreitet jedem Genossen das Recht, über eine ganze Parteigenossenschaft sich das Richteramt anzumaßen. Sie bedauert derartige Vorkommnisse aufs tiefste und gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß der Dresdener Parteitag der letzte dieser Art war, auf dem anstatt gedeihlicher Arbeit zur Förderung unserer Sache zur Freude aller Gegner kostbare Zeit mit der Partei schädlichen, der Leidenschaft einzelner Personen entspringenden Streitigkeiten verwendet wird. Die Versammlung fordert die Partei auf, über die unfruchtbaren Auseinandersetzungen nunmehr mutig und unverdrossen zur Emanzipation der Volksklassen überzugehen.

Reichstagsabgeordneter v. Vollmar wohnte der Versammlung bei. Wenn er auch nicht sprach, so war es doch sein Geist, der über diesen Wassern schwebte. Für Bebel bedeuten die blauweißen Grenzpfähle die Schranken seiner Macht.

---

* Die Stunde der **Simultanschule in Preußen** könne bald schlagen, so will die „Pr. Korrsp." von gut unterrichteter Stelle erfahren haben. „Die Konservativen haben," so schreibt die Korrespondenz, „zuletzt durch Herrn v. Heydebrand, feierlichst erklärt, einem Schulunterhaltungsgesetz nur dann zustimmen zu wollen, wenn es die konfessionelle Schule bringe. Der Wahlaufruf des Centrums enthält dieselbe Aussage. Und es geht das Gerücht, der Kultusminister werde einem Entwurf, der diesen Wünschen der Mehrheitsparteien nicht Rechnung trage, keinesfalls sein „placet" geben."

Daß es bei dem schamhaft „Schulunterhaltungsgesetz" benannten Entwurf sich um eine verkürzte aber nicht verbesserte Auflage des versunkenen Zedlitzschen Entwurfes handeln würde, haben wir immer angenommen. Es kommt nur auf die Wahlen an, ob die klerikal-reaktionären Hoffnungen sich erfüllen.

---

* Ueber einen Fall **eigenartiger Behandlung eines Angeklagten durch einen Staatsanwalt und Gerichtsvorsitzenden** berichtet Justizrat Staub in der neuesten Nummer der Deutschen Juristenzeitung. Er schreibt:

Ein in angesehener Stellung befindlicher, bisher unbescholtener Angeklagter, dem der Staatsanwalt in seinem Schlußworte das Zeugnis gleichen, wie wir — bis zu unseren gemeinsamen Leiden — uns als Brüder erkennen müssen. Das ist die neue Wahrheit, von der ich sprach. Man haßt sich weniger, weil man sich besser kennt. Denn es geht mit den Völkern wie mit den Einzelnen: sich verstehen ist Alles. Und auch die Mißverständnisse, von denen die Regierungen leben, werden geringer ... die Sondersitten jedes Landes, die zwischen den Menschen trennende Schlagbäume errichten und die Grenzen viel besser schützen als Soldatenbataillone, gleichen sich aus und suchen, auf irgend eine Art, sich zu vereinen.

Und wie sollte es auch anders sein?

Berlin wird Paris ähnlich, Paris ähnt nach Wien, Wien nach London, London nach Newyork. Man verkehrt, wie auf bequemer Promenade, von einer Stadt zur anderen. Zwischen den Hauptstädten der Welt gibt es ein ewiges Hin und Wieder, einen fortgesetzten Austausch von Geschäften, Gedanken, Empfindungen, Vergnügungen, einen Austausch, der nicht allein die gegenseitigen Interessen immer stärker werden läßt, sondern der auch die Beziehungen und die Umgangsformen leichter, achtungsvoller und höflicher gestaltet. Und von achtungsvoller Höflichkeit bis zur Freundschaft ist der Weg nicht mehr allzu weit.

Im Bunde mit der Wissenschaft, welche die Grenzen ausgleicht und Brücken über Flüsse und Schlünde baut, welche Berge und Sitten einander nähert und die Internationalität, das heißt die wahre Menschlichkeit überall hervorruft, sind Literatur und Kunst die mächtigen Helfer und Förderer friedlicher und harmonischer Bestrebungen. Trotz der Verschiedenheit des Ausdruckes, den ihnen der Genius der Rasse aufprägt — eine Verschiedenheit übrigens, die schließlich nur auf Unterschiede in der Form und der Bildgebung herauskommt — sprechen Literatur und Kunst eine gemeinsame Sprache, eben die Sprache wahrer Menschlichkeit.

Ich liebe das deutsche Volk, ich liebe seine zähe Kraft, seine zähe Logik, seine schulterfeste Moral, seine Gedankentiefe, seine unantastbare Loyalität. Und ganz besonders liebe ich es deshalb, weil ich es tief empfinde, daß von allen Völkern Europas das deutsche Volk für uns Franzosen im Grunde die aufrichtigste und ehrlichste Zuneigung hat. Wir haben eins das andere nötig; wir werden, eins durch das andere, ergänzt. Und ich erwarte mit Freuden den Tag, an dem beide, Franzose wie Deutscher, diese Wahrheit voll begreifen und bereit sein werden, ihr einen tatkräftigen und innerlich gefestigten Ausdruck zu geben.

Seit 1880 habe ich in der Presse meines Vaterlandes zu wiederholten Malen dieser Sympathie Ausdruck gegeben, trotzdem es damals gefährlich war, ähnliche Empfindungen gegenüber meinen Mitbürgern auszusprechen, von denen viele mit einem berechtigten, aber hoffentlich vergänglichen Haß erfüllt waren, viele Wunden trugen, die noch bluten, die aber die Zeit allmählich schließen wird. Ich habe diese Sympathie auch in einem schmerzlichen Buche bekannt, das mir viele Anfechtungen eintrug, weil ich in ihm versuchte, über die Erregungen des Augenblicks hinaus von dem Zeugnis abzulegen, was ich für die Wahrheit hielt.

Zum Teil hat sich erfüllt, was ich geglaubt.

Ich habe also das Recht, heute, nachdem vieles ausgeglichen ist und immer mehr sich ausgleicht, nachdem wir durch gemeinsame Besuche und durch gemeinsame Arbeit uns immer näher gekommen sind, diese meine alte Ansicht von neuem auszusprechen, ohne in den Verdacht zu geraten, aus feilem Beweggrund zu schmeicheln. Was ich sage, das sag' ich aus Achtung vor dem Land, das mich aufnimmt, wie es uns alle — die Schriftsteller, Künstler, Denker, Gelehrten Frankreichs — von jeher aufnahm: mit freundlicher und aufrichtiger Aufmerksamkeit.

Deutsch von Paul Block.

Fortschritt.

Von [Nachdruck verboten.]

Octave Mirbeau

Octave Mirbeau, der Dichter der Dramen „Les mauvais bergers" und „Les affaires sont les affaires", der zur Aufführung des zuletzt genannten Werkes in Berlin eingetroffen ist, hat auf unsere Einladung den folgenden Artikel für das „Berliner Tageblatt" niedergeschrieben. D. Red.

Eine mächtige und trostreiche Wahrheit gewinnt in unserer Zeit die Herrschaft in Europa. Wir sehen endlich die Morgenröte der Civilisation vor uns aufsteigen. Wir wenden uns aus der Nacht dem Lichte des Tages zu. Eine neue Geschichte beginnt, die von der Wissenschaft niedergeschrieben wird — Tag für Tag, in unvergänglichen Lettern. Mehr als die Einsicht der Menschen, die Kinder sind, aber allmählich doch lernen, daß sie zu Männern erwachsen müssen, trotz des dunklen Geistes der Politik, die sich dem Zukünftigen verschließt und sich im Vergangenen gefällt, zwingt die Wissenschaft die Völker täglich mehr, mit ihren gegenseitigen Drohungen aufzuhören, den schrecklichen Alb des Krieges nicht mehr zu fürchten. Durch die unbesiegliche Kraft der Verjüngung, die ihr innewohnt, durch ihre Entdeckungen, die überall sich geltend machen, und die immer neue Berührungspunkte zwischen allen beteiligten Völkern ergeben, schwächt sich allmählich bemerkbar ab, was die Vaterlandsidee noch von exklusivem, angriffsfrohem, barbarischem Bestande enthält. Wir Menschen von heute haben ein größeres Ideal. Wir sehen uns mit Augen an, die sich für die ganze Welt um uns öffnen: und wir sehen verwundert, wie ähnlich wir einander sind, wie unser Herz, unser Hirn, unser Atem